



# Gripen: Schweiz bringt Schweden in Zugzwang

**KAMPFJET** Erst wenn der Gripen im Herstellerland Schweden bereits fliegt, kauft die Schweiz den Jet. Nun eilt in Schweden plötzlich.

Der Milliardendeal zwischen der Schweiz und dem schwedischen Kampfjet-Hersteller Saab beschäftigt bald auch das schwedische Parlament. Stockholm hatte ursprünglich beabsichtigt, 26 Flugzeuge vom Typ Gripen E/F der neuen Generation, auf welchen die Wahl des schweizerischen Bundesrats gefallen ist, erst in den Jahren 2017/18 anzuschaffen. Diese sollen für die schwedische Luftwaffe in den Einsatz kommen.

Jetzt eilt es aber, da der Deal von Schweizer Seite aus nur zustande kommt, wenn das Flugzeug bei dessen Beschaffung bereits in seinem Herstellerland im Einsatz ist. Und diese ist bereits für 2015 vorgesehen.

## Verkauf an Schweiz ist Bedingung

Am kommenden Donnerstag entscheidet das schwedische Parlament denn auch über einen Antrag der Regierung, wonach 10 Gripen E/F beschleunigt zu beschaffen sind. Der Verteidigungsausschuss hat dazu schon grünes Licht gegeben. Allerdings nur unter der Bedingung, dass das Geschäft mit der Schweiz tatsächlich zustande kommt.

Falls das Parlament zustimmt, kann die schwedische Regierung den Kauf bereits im nächsten Jahr besiegeln. Saab sei «erfreut über die starke Unterstützung von Seiten der schwedischen Regierung», erklärt der Kampagnenleiter von Gripen, Anders Carp. Die Regierung habe ein festes Bekenntnis zum Gripen als Rückgrat der schwedischen Verteidigung für die nächsten 30 Jahre abgegeben.

## «Wir kaufen das grösste Risiko»

Weniger erfreut zeigt sich der Schaffhauser SVP-Nationalrat Thomas Hurter, der die Subkommission präsidiert, welche den Jetkauf parlamentarisch begleitet.

Er sieht sich in seiner Kritik am

Typenentscheid bestätigt: Die Schweden hätten einen Partner im Ausland gesucht, weil es sich erst danach lohne, das Projekt zu starten. Das zeige die Risiken eines schweizerischen Engagements: «Mit dem tiefsten Preis kaufen wir das grösste Risiko ein», so Hurter.

Vom Bundesrat verlangt er, dass er sich für einen Staatsvertrag mit Schweden einsetzt, in welchem das Land das Entwicklungsrisiko mittrage und garantiere, dass keine Mehrkosten für die Schweiz anfallen. Schweden müsse bereit sein, notfalls Saab unter die Arme zu greifen, «damit für uns nicht ein Nachtragskredit in Milliardenhöhe fällig wird».

An der ersten Sitzung der neu zusammengesetzten Sicherheitspolitischen Kommission will sich Hurter dafür einsetzen, dass seine Subkommission diesen Punkt behandeln kann. Er spielt damit auf Berichte an, wonach der Gripen bei der Evaluation operationell schlecht abgeschnitten haben soll, was von Verteidigungsminister Ueli Maurer dementiert worden ist.

EVA NOVAK, BERN  
eva.novak@luzernerzeitung.ch